

Diffamierende Armut

DGB-Studie zur Lage der jungen Generation: Junge Leute waren schon ohne Krise Opfer. Gewerkschaftsjugend kämpft gegen Sozialmobbing.

Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie.«

Philipp Mißfelder, Junge-Union-Chef und CDU-Bundestagsabgeordneter, der diesen Spruch rausgehauen hat, scheint zu wissen, wovon er redet – zum Jahreswechsel war der Regelsatz für das Arbeitslosengeld II um 1,9 Prozent auf 356 Euro für Alleinstehende und 640 Euro für Paare angehoben worden. Aufgrund jeder Menge Gegenwind ist Mißfelder mittlerweile von selbst zurückgerudert. In der Sache aber bleibt er hart: Man könnte ja Gutscheine »für die Schulspeisung, oder für Bildungsmaterial verteilen«. Die würden dann »dem Missbrauch von Transferleistungen« vorbeugen.

Missbrauch? Auf solche Vorwürfe reagiert die DGB-Jugend allergisch: Man solle sich erst informieren, bevor man mit Stammtischparolen um sich werfe. Gerade junge Menschen seien besonders häufig von Arbeitslosigkeit, aber auch von prekärer Beschäftigung betroffen, schreibt die Gewerkschaftsjugend.

Denn wer in einer der größten Wirtschaftskrisen junge Familien und Erwerbslose diffamiere, mache sich gegenüber einer ganzen Generation schuldig. Zudem steckten junge Leute mit Kindern derzeit noch einmal besonders in der Klemme. Die Fak-



Sie ist da – brandneu und pünktlich vor dem Semesterstart: Die neue Soli extra zum Thema Hochschulpolitik. Download und Bestellung: DGB-Jugend, Silvia Grigun, Tel.: 030 / 240 60 371, E-Mail: silvia.grigun@dgb.de. Und im Internet: www.dgb-jugend.de, »Broschüren«

ten: 3,4 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren, das hat der DGB gerade berechnet, haben einen sozialversicherten Job. Demgegenüber stehen 1,2 Millionen Jugendliche, die förder- oder hilfebedürftig sind. Auf drei erwerbstätige Jugendliche kommt also mindestens einer, der auf Hilfsleistungen angewiesen ist. Mehr als 900.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren bekommen Hartz-IV-Leistungen. 300.000 erhalten Arbeitslosengeld I.

Auffällig dabei ist: Die meisten brauchen deshalb staatliche Hilfe, weil sie selbst oder die Eltern zu wenig verdienen, um davon leben zu können. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen in den vergangenen zwei Jahren zwar um 26,2 Prozent gesunken. Doch das sagt nichts über die Qualität der Jobs und ihre Bezahlung aus.

Für die Rettung maroder Banken stünden Milliarden von Euro zur Verfügung,

wenn dies politisch gewollt sei, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Da kann man auch über Investitionen in die Zukunft junger Menschen reden.«

Von Forderungen der Jungen Union nach Milliarden spritzen für die Ausbildungs-»branche« war allerdings bis Redaktionsschluss nichts bekannt.

Für den 16. Mai 2009 wird der DGB zu einer Großdemonstration im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) aufrufen. Mit den Demonstrationen soll ein starkes Signal dafür gegeben werden, dass die Finanzkrise nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in Europa bewältigt werden kann, so der DGB.

Es bedürfe einer wirklich europäischen Krisenbewältigung ohne nationalen Protektionismus sowie einer Regulierung der Finanzmärkte.

Die sozialen Grundrechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktrechten haben – die Gewerkschaften wollen damit das europäische Sozialmodell und das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« stärken. [5]

Die DGB Studie »Hohes Verarmungsrisiko Jugendlicher« im Internet: www.dgb.de/2009/02/12_jugendarmut

INHALT

3 thema

Parlamentarischer Abend:
Wirtschaftliche Lage und Berufsleben junger Menschen

4 ausbildung + beruf

Kündigung? Klagen lohnt sich
Angezählt: Die Datenlage
Praktikum: Regeln sind die Ausnahme

5 projekte

Das Prekäre gehört organisiert:
DGB-Jugend-Konferenz
Engagement als Beruf:
Das AdA-Studium
Anti-Finanz-Demo:
Zahlt eure Krise selber!

6 azubi-ratgeber

Azubis in der Krise: Kurzarbeit

7 bezirke + gewerkschaften

Einen Versuch wert: Rufe nach
NPD-Verbot werden lauter

STUDENTS AT WORK

Vernetzung 2009

Der diesjährige »Students at work«-Strategie-Workshop für Ehren- und Hauptamtliche findet vom 25. bis 27. März 2009 in der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen statt. [5]

Anmeldungen und Infos: Tel.: 023 24 / 59 55 05,
E-Mail: ellinor.gaupp@dgb-bildungswerk.de,
www.dgb-jugendbildung.de

Gruß vom DGB

Schulstarter-Paket ■ Der DGB begrüßt den Beschluss der BildungspolitikerInnen der Union als überfällig, das Schulstarter-Paket für Kinder aus Hartz IV-Familien bis zum Abitur auszuweiten. Mit dem besagten Paket erhalten Kinder aus Familien mit geringem Einkommen zum Schuljahresbeginn



I. Sehrbrock

jeweils 100 Euro für Bücher, Stifte und Materialien. »Nachdem sich Union und SPD offenbar geeinigt haben, sollte die Große Koalition dieses Gesetzesvorhaben unverzüglich auf den Weg bringen«, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**.

www.dgb.de

Arbeitsende

Zukunftsansichten ■ Nur jeder zweite Beschäftigte glaubt, dass er seine Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen bis zum regulären Rentenalter ausüben kann. Jeder Dritte bezweifelt dies, wie aus einer im Februar 2009 veröffentlichten DGB-Studie hervorgeht.

Laut Studie erwarten von den prekär Beschäftigten mit weniger als 2.000 Euro Bruttoeinkommen lediglich 42%, dass sie es im Job bis zum Rentenalter schaffen.

Bei den Unter-25-Jährigen gehen nur 46% von einem Arbeitsleben bis zur Rente aus; 31% dieser Altersgruppe halten das für eher unwahrscheinlich. Am düstersten schätzen die 25- bis 44-Jährigen ihre Zukunftsaussichten ein: 35% von ihnen gehen davon aus, dass sie im Job nicht bis zur Rente durchhalten.

Große Unterstützung

Grundeinkommen ■ Mehr als 50.000 Menschen haben im Februar 2009 eine Petition an den Bundestag mit der Forderung für ein bedingungsloses Grundeinkommen unterstützt. Seit Dezember 2008 unterzeichneten 52.975 Menschen die Petition der Greifswalderin **Susanne Wiest**. Wegen des großen Interesses war der Server des Bundestags zeitweise nicht mehr erreichbar.

Fristlos mit Frist

Kündigung – die Etikette ■ Die fristlose Kündigung von MitarbeiterInnen, auch die muss – haha! – fristgerecht sein: Sie ist nur innerhalb von zwei Wochen zulässig, nachdem der Arbeitgeber von vermeintlichen Verfehlungen erfahren hat. Nach Ablauf dieser Frist muss der Arbeitgeber den Mitarbeiter selbst dann vorerst weiterbeschäftigen, wenn das Fehlverhalten für seine fristlose Entlassung ausgereicht hätte.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz Mainz, Urteil vom 23. Oktober 2008, Az.: 10 Sa 428/08

Nach Lissabon

EU I ■ Um den aktuellen Herausforderungen der Wirtschaftskrise zu begegnen, hat der Jugendministerrat der EU auf seiner Sitzung am 16. Februar 2009 an den Europäischen Pakt für die Jugend erinnert.

Ein künftiges Konzept für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa soll Monitoring-Mechanismen für strategische und kohärente Maßnahmen für junge Menschen berücksichtigen, »um eine bessere Umsetzung der gemeinsamen Ziele und die Jugenddimension in der reformierten Lissabon-Strategie abzusichern«.

www.jugendpolitikineuropa.de

Mehr Pauken

EU II ■ Die EU-BildungsministerInnen peilen neue Zielvorgaben für Schulen und Hochschulen in Europa an. Im Februar 2009 lagen den MinisterInnen Vorschläge vor, wonach 80% der SchülerInnen der Sekundarstufe I bis zum Jahr 2020 mindestens zwei Fremdsprachen lernen sollen. Zudem sollen bis dahin 90% der Vierjährigen an vorschulischen Bildungsprogrammen teilnehmen. Weitere angestrebte Ziele: Der Anteil der 15-Jährigen mit Schwächen im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften soll auf unter 15% sinken.

Legalize it



F. Drohsel

EU III ■ Die Jusos wollen eine europäische Migrationspolitik. Anlässlich der Ereignisse beim Brand eines Flüchtlingsheims im italienischen Lampedusa fordern die Jusos-Vorsitzende **Franziska Drohsel** und **Nils Hindersmann**, Stellvertretender Vorsitzender der europäischen JungsozialistInnen (ECOSY), dass die Zuwanderung nach Europa legalisiert wird.

Der Europäische Gerichtshof fällt im Februar 2009 immerhin ein Urteil, das die Abschiebung bei drohender willkürlicher Gewalt verhindert.

www.jusos.de

Will keiner

Ausbildungsbonus ■ Bisher haben nur rund 2% der Betriebe den Ausbildungsbonus der Bundesagentur für Arbeit genutzt, um zusätzliche Ausbildungsangebote für AltbewerberInnen zu schaffen. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter mehr als 1.000 Betrieben. Seit Sommer 2008 können Betriebe einen finanziellen Zuschuss in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro pro förderungsfähigem Jugendlichen beantragen.

www.bibb.de/bwp/ausbildungsbonus

Zentraldatei geplatzt

Jugendverbände hatten gewarnt ■ Das Vorhaben einer Visa-Warndatei zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist vorerst geplatzt. Laut Internetdienst »Tagesschau.de« hat das Bundesjustizministerium den erzielten Konsens aufgekündigt.



Neben Kritik aus den Oppositionsparteien hatten auch Jugendverbände gegen das Vorhaben protestiert. Nach dem Gesetzentwurf der Regierung wäre jeder in einer zentralen Warndatei gelandet, der regelmäßig mehr als fünf Gäste aus visapflichtigen Ländern nach Deutschland eingeladen hätte – vor allem JugendleiterInnen wären so unter Generalverdacht geraten, hatte der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) kritisiert.

www.dbjr.de

Meister fördern

BAföG-Novelle ■ Der Bundestag hat am 12. Februar 2009 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG bzw. Meister-BAföG) verabschiedet, der zunächst noch den Bundesrat passieren muss. Mit der AFBG-Novelle werden in den nächsten vier Jahren etwa 272 Mio. Euro zusätzlich in die Aufstiegsfortbildung investiert.

Künftig wird nicht mehr nur die erste Ausbildung, sondern auch eine Aufstiegsfortbildung gefördert. Zudem wird eine Leistungskomponente eingebaut: Alle, die eine Fortbildung bestanden haben, erhalten künftig einen Darlehensteilerlass in Höhe von 25%.

www.bmbf.de

Druckbetankung



S. Bätzing

Suchtprogramme nötig ■ Beim Start eines neuen Bundesmodellprogramms in Berlin hat sich die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, **Sabine Bätzing** (SPD), für mehr Suchtpräventionsprogramme ausgesprochen. Insbesondere bei Jugendlichen müssten dabei neue Wege ausprobiert werden.

Hintergrund: Die Zahl der Jugendlichen, die sich jährlich bundesweit ins Koma saufen, scheint sich in den vergangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt zu haben – aber das immerhin nach dem Konzept des Gender Mainstreaming: Der Unterschied, ob Mädchen oder Junge, spielt beim Komasaufen (Fachjargon: »Druckbetankung«), früher eine Männerdomäne, so gut keine Rolle mehr!

www.dicvosnabrueck.caritas.de/21065.html



Guten Abend mit der DGB-Jugend: IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner und Willy Brase (SPD)



V.l.: Fanny Zeise (Linkspartei), Ole Schwede (DGB-Jugend), Sonja Staak (Linkspartei)



V.l.: Swen Schulz (SPD) Andrea Nahles (SPD), Anton Hofreiter (Grüne)



V.l.: Jessica Heyser (DGB-Jugend), Nico Bauer (IG Metall), Karin Roth (SPD)



Sven Frye (l., SJD Die Falken) und Marco Frank (DGB)



V.l.: Gerold Reichenbach (SPD), René Rudolf (DGB-Jugend), Jürgen Kucharczyk (SPD)

Fotos: Thomas Rosenthal

Finanzkrise und Ausbildung

Parlamentarischer Abend der DGB-Jugend: Wie sich die derzeitige wirtschaftliche Lage auf das Berufsleben junger Menschen auswirkt.

Zurzeit werden zwar allerlei Rettungsschirme aufgespannt, allerdings nicht für Jugendliche. Denn von der Finanzkrise werden sie zuerst getroffen« – zu Beginn des dritten Parlamentarischen Abend der DGB-Jugend am 11. Februar 2009, der wie immer im Berliner Club Oxymoron stattfand, skizzierte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf vor einem Publikum von rund 100 BesucherInnen aus Politik und Jugendverbänden die Lage junger Leute.

Und die war vor dem Wirtschaftsdebakel schon nicht gut: Die Einkommen sind gesunken, zur Zeit können nur 39 Prozent von ihren Arbeit leben. Und nicht mal 50 Prozent der Ausbildungsplatzsuchenden erhielt im letzten Jahr einen Ausbildungsvertrag. Der Arbeitsmarkt schiebt nach Berechnungen der DGB-Jugend eine Welle von ca. 300.000 AltbewerberInnen vor sich her.

Die VertreterInnen der Gewerkschaftsjugend sind sicher: Nur ein gesetzlich verankertes Recht auf Ausbildung und ein konjunkturunabhängiges Modell können hier Abhilfe schaffen.

Sollte jemand das Glück haben, seine Ausbildung im Betrieb abgeschlossen zu haben, läßt die Zeit danach auch nicht unbedingt zum Jubeln ein: Der Betriebsrat Nico Bauer

(s. Kasten), extra aus Neckartenzlingen angereist, berichtete aus der Praxis – der Metallbranche. Die Lage dort sei dramatisch – denn die Übernahme ins reguläre Berufsleben sei gefährdet. Bauer: »Ich sehe die Azubis nach zwölf Monaten bei der Agentur für Arbeit. Und dann bei der Leiharbeit.«

Kein einziger in seiner Firma bekomme nach der Ausbildung noch einen Facharbeiterjob.

Punkt zwei an diesem Abend war die Qualität der Ausbildung. Jessica Heyser vom Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand konnte berichten, dass die Art und Weise, wie in Deutschland ausgebildet wird, in den Branchen sehr verschieden ist und z.B. im Bereich Hotel und Gaststätten ganz schlecht aussieht. Dennoch gab es auch von Teilerfolgen zu berichten – so wird die Ausbildereignungsverordnung nach viel Druck von Gewerkschaftsseite wieder eingeführt.

Schlechter sieht's im Kampf um ein gerechtes Praktikum aus: »Ganz negative Bewertungen haben in unserem Praktika-Forum in den letzten Monaten zugenommen«, so Heyser: »Die Qualität muss gesetzlich festgeschrieben werden. Zum Beispiel mit Regeln, was Dauer, Bezahlung und Inhalt von Praktika angeht.«

Eine in den Bundestag eingebrachte Petition wurde zwischen Bundesarbeits- und Bundesforschungsministerium (BMBF) aufgegeben – trotz vieler tausender Unterschriften. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz sagte Soli aktuell, die beiden

Ministerien hätten sich nicht auf ein gemeinsames Verfahren einigen können. Das BMBF blockiert jegliche Lösungsvariante. Angesichts der Bundestagswahl und weiterer Prioritäten sei in Sachen Praktikum »dieses Jahr nichts mehr zu erwarten«, so Schulz.

Es ist hingegen zu erwarten, dass die DGB-Jugend ihre Prioritäten anders setzt – und das Thema nicht ruhen lassen wird. Wahrscheinlich, gerade weil dieses Jahr Bundestagswahl ist. [S](#)

O-TON

Wir sind prekär

Von Nico Bauer

Bis jetzt konnte ich noch erreichen, dass alle Auszubildenden für zwölf Monate übernommen werden, aber wie lange das noch geht, weiß ich nicht. Was aber schon eingetreten ist: Die Qualität der Übernahme ist nicht mehr dieselbe wie vor der Krise. Denn bisher war es üblich, dass die Übernahme auf einen Facharbeiterplatz erfolgte. Jetzt kann ich genau das nicht mehr garantieren.

Das sind schon die ersten Auswirkungen der Krise auf die junge Generation. Die IG Metall hat vor kurzem eine Analyse gemacht, wie alt die mehr als 10.000 Leiharbeiter im Durchschnitt sind, die im letzten halben Jahr in die IG Metall eingetreten sind: Weit über 90% sind unter 30. Ich nenne das »Generation prekär«. [S](#)

Nico Bauer ist Betriebsrat beim Unternehmen Hirschmann.



Kündigung? Klagen lohnt sich

HBS-Untersuchung: Wenn der Arbeitgeber Tschüss sagt, geht nur jeder achte zum Gericht. Aushöhlung des Kündigungsschutzes bringt gar nichts.

Wenn Arbeitgeber Arbeitsverhältnisse beenden, läuft das für sie zu meist relativ konfliktarm und ohne hohe Kosten ab. Das zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS): Nur 16 Prozent der vom Arbeitgeber Gekündigten erhalten eine Abfindung, lediglich gegen zwölf Prozent der Kündigungen durch Arbeitgeber wird geklagt.

Der Hintergrund: Kritiker des Kündigungsschutzgesetzes wollen die Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen sogar noch weiter einschränken. Das Arbeitgeberlager lässt keine Gelegenheit aus, den Kündigungsschutz zu torpedieren. Mit einer Liberalisierung würde Deutschland das Arbeitsparadies auf Erden, versprechen sie.

Zuletzt lockerte der Gesetzgeber den Kündigungsschutz Ende 2004, indem er Be-

triebe mit weniger als zehn Beschäftigten davon ausnahm. Erklärte Ziele waren mehr Rechtssicherheit, Transparenz und Flexibilität, um Hindernisse für Neueinstellungen abzubauen – allerdings ohne ersichtlichen Erfolg. Zahlreiche empirische Studien aus den letzten zehn Jahren konnten keinen wesentlichen Einfluss des Kündigungsschutzes auf die Schaffung neuer Beschäftigung zeigen.

Obwohl der Kündigungsschutz gelockert wurde, bestätigte die neue Untersuchung weitgehend frühere Ergebnisse: Arbeitnehmerkündigungen sind weiterhin der häufigste Grund, ein Arbeitsverhältnis zu beenden: Im Jahr 2001 gaben dies 39 Prozent der Befragten an, 2008 noch 31 Prozent. Arbeitgeberkündigungen nannten 2001 32 Prozent, 2008 28 Prozent. Im Zeitvergleich gestiegen ist der Anteil einvernehmlicher Auflösungen und auslaufender Befristungen.

Immerhin – manche Ergebnisse lassen hoffen: In der kleinen Gruppe derer, die ge-

gen eine Kündigung geklagt haben, erhielten 57 Prozent eine Abfindung.

Fazit der HBS: »Mit der Änderung des Kündigungsschutzgesetzes kann keine effektive Beschäftigungspolitik gemacht werden.« [\[5\]](#)

www.boeckler.de/32014_93464.html

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

57 Prozent der Frauen gehören zu den »atypisch« Beschäftigten: Sie sind LeiharbeiterInnen und befristet Beschäftigte. Bei den Männern sind es nur 17%.

10 Euro gesetzlichen Stundenlohn fordert ein bundesweites kapitalismuskritisches Bündnis unter Beteiligung der Gewerkschaftsjugend.

18 Billionen Euro an so genannten toxischen Papieren lagern in den Büchern der europäischen Banken. [\[5\]](#)

Regeln sind die Ausnahme

Brauchen PraktikantInnen keine gesetzlichen Regelungen? Ein Berliner Gerichtsspruch beweist das Gegenteil.

»Praktikanten sind in Deutschland rechtlich gut vor Ausbeutung geschützt.«

Alexander Dobrindt

In Kiel hat ein Praktikant seinen Arbeitgeber verklagt – nach 17 Monaten regulärer Arbeit ohne Bezahlung, mit einer vagen Aussicht auf eine Ausbildungsstelle. Und bekam Recht.

Mancher Politiker sah damit die Forderungen der Gewerkschaftsjugend, Praktika müssten endlich gesetzlich neu geregelt werden, ad absurdum geführt. Alexander Dobrindt etwa, bis vor kurzem bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. »Die bestehende Rechtslage sorgt für einen angemessenen Ausgleich zwischen Praktikanten und Betrieben. Daran wollen wir festhalten«, kommentierte er das Kieler Urteil.

Dafür erhielt er alsbald Post von der DGB-Jugend – er möge seine Haltung doch noch einmal überdenken. Es sei nicht davon auszugehen, dass der Jugendliche in Kiel geklagt hätte, wenn er den Ausbildungsplatz, der ihm in Aussicht gestellt wurde, be-

kommen hätte. Missbrauch von Praktika müsse oft hingenommen werden, um die eigene Zukunft nicht zu gefährden. Darüber hinaus liege die Beweislast für einen Missbrauch alleine beim Praktikanten. Daher plädiere die DGB-Jugend für gesetzliche Regelungen.

Die Regel wiederum ganz ohne Ausnahme scheint die Rechtsprechung bei einem »Praktikanten«-Fall in Berlin zu sein. Die 23-jährige Agnes M. musste Ende Februar 2009 erfahren, wie es vor Gericht zugeht, wenn der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU gerade mal Pause macht: M. war ab Ende März 2008 in der Kita »Omas Garten« in Berlin-Wedding angestellt. Wie so oft galt das Label »Praktikantin« hier jedoch nur vordergründig: Sie habe regelmäßig eine Gruppe von 23 Kindern alleine zu betreuen und die gleichen Arbeiten wie festangestellte ErzieherInnen zu machen gehabt, sagt sie. Also wollte sie auch das gleiche Gehalt.

Nachdem sie sich mehrmals über diesen Zustand beschwert hatte, wurde sie von der Leiterin der Kita gekündigt. Dies wollte M.

nicht auf sich sitzen lassen – und zog vor das Arbeitsgericht.

Aber: Nach deutschem Arbeitsrecht liegt die Beweislast beim Kläger. Da M. ihren Einsatz als reguläre Arbeitskraft nicht lückenlos nachweisen konnte, stand ihr auch kein entsprechender Lohn zu, so das Gericht.

Letztlich bekam die Klägerin in einem Vergleich lediglich 800 Euro zugesprochen, die als Praktikumsvergütung für die letzten zwei Monate der Tätigkeit ohnehin noch ausstanden.

Nach Schätzungen der DGB-Jugend handelt es sich bei fast 60 Prozent der Praktika um eine verdeckte reguläre Beschäftigung. Eine Studie des Bundesarbeitsministeriums hält fest, dass 80 Prozent der befragten PraktikantInnen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit als normale Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Erst im Dezember 2008 war eine Gesetzesinitiative zur Stärkung der Position von PraktikantInnen gescheitert. Zur Debatte stand darin auch eine Verteilung der Beweislast. Der Vorstoß scheiterte auch am Votum von Alexander Dobrindt. [\[5\]](#)

Das Prekäre gehört organisiert

»Interessen und Interessenvertretung von jungen Prekären« – die DGB-Jugend veranstaltet eine große Konferenz am 1. April 2009 in Berlin.
Von **Jessica Heyser**

Atypische, prekäre Beschäftigung ist auf dem Vormarsch. Laut Statistischem Bundesamt hat geringfügige, befristete, Teilzeit- (mit 20 Stunden und weniger) und Leiharbeitsbeschäftigung mittlerweile einen Anteil von 25 Prozent am deutschen Arbeitsmarkt erreicht. Zum Vergleich: 1997 lag ihr Anteil noch bei 17,5 Prozent. Besonders junge Menschen, MigrantInnen und Frauen haben unsichere und schlecht bezahlte Jobs.

In der Vergangenheit haben die deutschen Gewerkschaften in erster Linie Men-

schen organisiert, die sich in einem »Normalarbeitsverhältnis« befanden, d.h. unbefristet, vollzeitbeschäftigt und im Besitz von Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb.

Angesichts der Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse und prekärer Arbeit führt eine Beschränkung auf diese »klassische Klientel« zu einer Ausgrenzung eines großen Teils insbesondere jüngerer Beschäftigter.

Die Frage ist jedoch, welche Interessen verfolgen diese Beschäftigten? Wie und durch wen wollen sie vertreten werden? Lassen sie sich überhaupt organisieren?

Die Gewerkschaften starteten schon erste Versuche, Beschäftigte in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren: die IGM-Vernetzungsplattform »ZOOM« für LeiharbeiterInnen, die Lidl-Kampagne von ver.di oder die Mindestlohn-



Aussagekräftig: Geiz gleich Gier (Plakatsmotiv der Mindestlohnkampagne)

AdA ruft zum Studium

Ich glaub', ich werd' Gewerkschaftssekretär: Engagement kann man auch zum Beruf machen – sogar per Hochschule.

Wer Interesse an einem Studium an der Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt/M. hat, kann sich jetzt für den neuen Lehrgang (2009/10) bewerben. Das Studium richtet sich an Berufstätige mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder mit vergleichbarer Berufserfahrung. Studienschwerpunkte sind Arbeits- und Verfassungsrecht, Ökonomie, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften.

Ziel des Studiengangs ist es, aktuelle Konflikte besser in ihrem europäischen und globalen Kontext zu verstehen und zu bewerten und die eigene gewerkschaftliche

Arbeit besser organisieren und vermitteln zu können.

Das Abitur ist für das Studium an der AdA keine Voraussetzung. Interessierte sollten zwischen 21 Jahre und 35 Jahre alt sein und sich durch ihr gesellschaftspolitisches Interesse und soziales Engagement auszeichnen. Dies kann zum Beispiel eine Mitgliedschaft in einer Jugend- und Auszubildenden- oder anderen betrieblichen Interessenvertretung sein. **S**

Für das Wintersemester 2009/10 läuft die Bewerbungszeit noch bis zum 11. Mai 2009. Infos gibt's auf www.akademie-der-arbeit.de

PREKÄREN-KONFERENZ

Die wichtigsten Ziele

- Einen Überblick verschaffen über atypische und prekäre Beschäftigung bei jungen Menschen, insbesondere Berufseinsteiger
- die gesellschaftliche Dimension prekärer Beschäftigung bei jüngeren verdeutlichen
- die Problemstellungen für Solidarität und Interessenvertretung herausarbeiten
- Strategien und Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretung diskutieren
- künftige Aktivitäten planen. **S**

kampagne. Mit der Konferenz zur Prekarität junger Menschen wollen sich DGB-Jugend und Hans-Böckler-Stiftung mit dem Problem atypischer und prekärer Beschäftigung von jungen Menschen nun genauer befassen. In einem zweiten Schritt geht es darum, welches Verständnis junge Beschäftigte von Solidarität und Interessenvertretung haben und welche Erfahrungen mit der Organisation von jüngeren prekär Beschäftigten in anderen Ländern und bei uns vorliegen. Am Ende soll erörtert werden, vor welchen Schwierigkeiten die Interessenvertretung bei der Aufgabe steht, junge Menschen in prekären Arbeits- und/oder Lebensverhältnissen zu organisieren. **S**

1. April 2009. Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin, www.werkstatt-der-kulturen.de.

Infos: E-Mail: jessica.heyser@dgb.de
Jessica Heyser ist politische Referentin der DGB-Jugend.



WIRTSCHAFTSKRISE

Große Anti-Finanz-Demo kommt

Ein großes Bündnis unter Beteiligung der Gewerkschaftsjugend will nicht weiter hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen und junge Leute »im globalen Süden« die Zeche zahlen.

Daher soll es am 28. März 2009 zwei Großdemonstrationen in Frankfurt/M. und Berlin geben – für »eine solidarische Gesellschaft und grundlegende Veränderungen der Wirtschaft«, wie die OrganisatorInnen mitteilen. Der Zwang zu ständigem Wirtschaftswachstum, Konkurrenz und Profiterzeugung stehe einer sozialen und ökologischen Gestaltung der Wirtschaft entgegen: »So wie es ist, bleibt es nicht.« **S**

www.kapitalismuskrise.org

Azubis in der Krise

Angesichts der Finanzkrise müssen viele Betriebe Kurzarbeit anmelden oder sogar entlassen, weil Aufträge ausbleiben. Was aber passiert dann mit den Auszubildenden?

Junge Beschäftigte und die Krise

Im Januar 2009 haben sich 600.000 Menschen arbeitslos gemeldet – ein deutliches Alarmsignal für die Beschäftigung und Konjunktur in Deutschland. Und es ist zu befürchten, dass diese Entwicklung auch negative Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt haben wird.

Jugendliche und BerufsanfängerInnen sind besonders von Arbeitslosigkeit bedroht. Laut DGB-Index Gute Arbeit 2008 (siehe Soli 12-2008) sind fast zwei Drittel der jungen Beschäftigten von unsicheren Einkommens- und Arbeitsbedingungen betroffen. Davon hatten 26 Prozent eine befristete Arbeitsstelle und fünf Prozent waren als ZeitarbeiterInnen tätig.

Bei Azubis geht es nicht nur um den Verlust einer Stelle – es steht die Zukunft auf dem Spiel, wenn sie den Ausbildungsplatz verlieren und ohne beruflichen Abschluss dastehen. Deshalb sind sie vom Gesetzgeber besonders geschützt.

Azubis und Kurzarbeit

Im Zuge der Finanzkrise haben viele Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie 2009 bereits Kurzarbeit angemeldet. Für normale MitarbeiterInnen heißt dies, dass sie weniger arbeiten und auch weniger bezahlt bekommen. Um den fehlenden Lohn auszugleichen, können Sie bei der Arbeitsagentur Kurzarbeitergeld beantragen, dessen Bezugsdauer jetzt auf 18 Monate verlängert wurde.

Bei Auszubildenden gilt dies jedoch nicht – sie befinden sich in einer speziellen Situation: Bei der Ausbildungsvergütung handelt es sich rechtlich gesehen eher um eine Art Erziehungsgeld als um ein wirkliches Entgelt für geleistete Arbeit. Denn Auszubildende sind nicht vorrangig Arbeitnehmer, sondern Lernende. Sie haben einen Anspruch darauf, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, und zwar in dem zeitlichen Rahmen, der in ihrem Ausbildungsvertrag festgelegt ist. Damit Ausbildung stattfinden und die Ausbildungsinhalte vermittelt werden können, muss ein qualifizierter

Ausbilder anwesend sein. Aus diesen Gründen kann eigentlich weder für Auszubildende noch für ihre Ausbilder Kurzarbeit angeordnet werden.

Dies gilt zumindest so lange, bis es richtig ernst wird: Gerät ein Betrieb so sehr in Bedrängnis, dass es ihm aus wirtschaftlichen und in der Folge auch aus personellen Gründen nicht mehr möglich ist, die Ausbildung sicherzustellen, muss auch den Auszubildenden zwangsweise freigegeben werden.

Allerdings entsteht bei Auszubildenden in diesem Fall kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Statt dessen greift § 19 Berufsbildungsgesetz (BBiG): Wenn die Ausbildung entfällt, obwohl sich der Auszubildende für die Berufsausbildung bereithält, muss die Ausbildungsvergütung für sechs Wochen weitergezahlt werden.

Einige KommentatorInnen sind der Meinung, dass bei Kurzarbeit der Anspruch der Auszubildenden auch über die sechs Wochen hinaus besteht.

Ausbildung und Insolvenz

Auszubildende können nach § 22 BBiG fristlos gekündigt werden, wenn ein Unternehmen Insolvenz angemeldet und den Geschäftsbetrieb vollkommen eingestellt hat. Eine vorübergehende Zahlungsunfähigkeit, eine drohende Insolvenz und nicht einmal der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens berechtigen den Betrieb zur Kündigung. Erst wenn das Insolvenzverfahren eröffnet und der Insolvenzverwalter bestellt ist, kann dieser den Auszubildenden kündigen, wenn der Betrieb oder der entsprechende Geschäftsbereich vollkommen stillgelegt wird.

Ein anderer Fall tritt ein, wenn der Betrieb an einen neuen Eigentümer übergeht. Der übernimmt dann mit dem Betrieb alle Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten, also auch gegenüber den Auszubildenden – der Vertrag wird übernommen, und die Ausbildung nahtlos fortgeführt.

Wenn unklar ist, ob es sich um eine Betriebsstilllegung oder einen Betriebsübergang handelt, sollten sich Auszubildende unbedingt an ihre Gewerkschaft wenden

und sich beraten lassen. Im Zweifelsfall hilft hier nur eine Feststellungsklage vor dem Arbeitsgericht.

Auszubildende sollten insgesamt frühzeitig reagieren, wenn eine Insolvenz droht bzw. wenn ein Antrag auf Eröffnung

eines Insolvenzverfahrens gestellt wurde. Dabei sollten sie einiges beachten:

□ Falls der Auszubildende kurz vor dem Ende der Ausbildung steht, kann er sich an die zuständige Stelle wenden und nachfragen, ob eine Zulassung zur Abschlussprüfung möglich

ist, auch wenn noch Ausbildungszeit fehlt. Ein Richtwert liegt hier bei zehn Prozent: Fehlen dem Auszubildenden nicht mehr als zehn Prozent der vorgeschriebenen Ausbildungszeit, ist eine Zulassung oft möglich.


□ Außerdem kann der Auszubildende die zuständige Stelle und die Arbeitsagentur um Hilfe bei der Suche nach einem neuen Ausbildungsplatz bitten.

□ Die Arbeitsagentur ist auch Ansprechpartner, wenn es um Insolvenzausfallgeld geht – oder wenn bei ausbleibender Vergütung die Sozialversicherungsbeiträge gewährleistet werden müssen.

□ Der Auszubildende kann auf jeden Fall so lange im Betrieb weiterarbeiten, bis der Betrieb stillgelegt

wird. In diesem Fall müssen die Betriebsstilllegung und die Insolvenz vom Insolvenzverwalter auch als Kündigungsgrund angegeben werden. Darauf sollte der Auszubildende unbedingt achten: Denn wenn er von einem anderen Ausbildungsbetrieb übernommen wird und den neuen und den alten Ausbildungsvertrag sowie das Kündigungsschreiben bei der örtlichen Arbeitsagentur einreicht, kann er unter Umständen Fördermittel nach § 10 Sozialgesetzbuch III erhalten. Dies kann ein entscheidender Bewerbervorteil sein.

Nicht verzichten!

Wichtig ist außerdem, dass der Auszubildende keine Vereinbarung mit dem Inhalt unterschreibt, dass er auf seine Ausbildungsvergütung verzichtet, um seinen Ausbildungsplatz zu retten. Dies kann unter Umständen negative Auswirkungen haben, was den Anspruch auf Insolvenzausfallgeld und auf die Ansprüche gegenüber dem Insolvenzverwalter angeht. 



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Bei Azubis steht die Zukunft auf dem Spiel, wenn sie den Ausbildungsplatz verlieren und ohne...

...beruflichen Abschluss dastehen. Deshalb sind sie vom Gesetzgeber besonders geschützt.

NPD-Verbotsverfahren: Einen Versuch wert

Auch wenn es kein Allheilmittel ist: Die Rufe nach einem NPD-Verbot werden lauter.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch den Rechtsextremismus fordern DGB und DGB-Jugend mehr Mittel für präventive Maßnahmen und Aussteigerprogramme. Außerdem hätten die Übergriffe in jüngster Zeit – etwa auf Demonstrationen im Anschluss an die Demo der NPD in Dresden am 14. Februar 2009 – gezeigt, dass ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren zu überdenken sei.

Auf der Rückreise von der Veranstaltung in Dresden hatten Neonazis auf einer Raststätte bei Jena Busse mit GewerkschafterInnen aus Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen angegriffen und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt. Sowohl die Jugendabteilungen der Gewerkschaften als auch die DGB-Jugend bundesweit und in den Bezirken zeigten sich geschlossen entschlossen über die



Hält ein NPD-Verbot für sinnvoll: DGB-Landesjugendsekretärin Anke Muth

»Die bisherigen Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus reichen nicht aus.« Anke Muth

Vorfälle und verlangen umgehend Aufklärung. Mittlerweile wurde ein Hauptverdächtiger von der Polizei verhaftet.

Ein neuerlicher NPD-Verbotsantrag (siehe Kasten) sei für die Gewerkschaften ein wichtiger Schritt, so Anke Muth, Bezirksjugendsekretärin des DGB Hessen-Thüringen. Verbote allein seien aber genug – »Solche Vorfälle wie der Überfall auf die Businsassen sind nur die Spitze des Eisbergs.« Ein Verbotsantrag müsse daher mit einer umfassenden zivilgesellschaftlichen Strategie untermauert werden.

Muth: »Aus unserer Sicht reichen die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen nicht aus. Insbesondere die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure wurde bisher zu wenig anerkannt. Für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen regionale und lokale Projekte gefördert und gestärkt werden.«

Handeln tut not: Nach vorläufigen Angaben des Bundesinnenministeriums hat es 2008 fast 14.000 rechtsextreme Straftaten gegeben, darunter 735 Gewalttaten. Bei diesen Angriffen wurden 773 Menschen verletzt. Das ist deutlich mehr als im »Rekordjahr« 2006.

NPD-VERBOT

Neuer Vorstoß

Nachdem die 175.445 Unterschriften für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nicht zum Erfolg führten, startet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) einen neuen Anlauf, den die Gewerkschaftsjugend unterstützt: Die ver.di Jugend hatte sich bereits bei der ersten Kampagne »nonpd« der VVN-BdA 2007 eingesetzt. »Es ist schon etwas paradox, dass ein Verbot der Partei – also der Schutz unserer Verfassung – in erster Linie am Verfassungsschutz scheitert«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff.

Bisherige Verbotsanträge scheiterten daran, dass die Bundesländer ihre V-Leute, Informanten des Verfassungsschutzes in den Vorständen der NPD, nicht abziehen wollten. ☐

www.npd-verbot-jetzt.de

Und der nächste Ärger naht schon: Die NPD will am 1. Mai 2009 wieder in Berlin demonstrieren. Das Motto des Aufmarsches lässt erahnen, womit man zu rechnen hat, sollte sich der Einfluss der nationalistischen Sekte vergrößern: »Kampf und Arbeit unentwegt«. Die NPD will auf ihre Weise die soziale Frage thematisieren – und glaubt, sie könnte so in Gewerkschaftsgefüden fischen. ☐

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

☐ Globalisierung und die Folgen: Die **DGB-Jugend** organisiert zentral ihren Arbeitskreis Internationales vom 17. bis 19. April in Berlin.

Infos: Tel.: 030 / 240 60 171, E-Mail: jessica.heyser@dgb.de

☐ Achtung, hier geht's ab: Vom 3. bis 5. April veranstaltet die **DGB-Jugend West** ihr gewerkschaftliches Grundlagenseminar »Solidarity – Wer, wenn nicht wir?« in Bad Kreuznach.

www.dgb-jugend-west.de

☐ Vom 27. bis 29. März 2009 veranstaltet die **DGB-Jugend Bayern** ihr Forum Rechtsextremismus. Thema: »Zwischen Lifestyle, Clique und Partei – Wie gefährlich ist die neue rechtsextreme Sub- und Jugendkultur?«

Jedenfalls nicht ganz ohne, wenn man den BesucherInnen der Dresdner Demo am 14. Februar

2009 glaubt. Die Veranstaltung findet im Jugendgästehaus Dachau statt.

www.dgb-jugend-by.de, www.jgh-dachau.de

☐ Eine Arbeitstagung mit dem Thema »Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit in NRW« findet am 21. März 2009 im **DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen** statt. Im Zentrum steht die Frage, wie die Angebote der politischen Jugendbildungsarbeit verbessert werden können.

www.dgb-jugend-nrw.de

☐ »Wir lassen unsere Azubis nicht im Stich – Zukunftschancen sichern« war das Motto einer Protestaktion im Februar 2009 vor den Toren der Daimler Konzernzentrale in Stuttgart-Untertürkheim. Hintergrund: Der Vorstand der **Daimler AG** will bundesweit rund 180 Azubis nach ihrer Abschlussprüfung im Sommer nicht übernehmen.

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage soll die 2005 vereinbarte »80/20-Regelung« Anwendung finden, die bislang ausgesetzt worden war. Die Regelung besagt, dass 20% der Azubis nicht unter die übliche Übernahmeregelung fallen. Insgesamt beenden 1.111 Azubis im Sommer 2009 ihre Ausbildung bei der Daimler AG.

www.operation-uebernahme.de,

igmetall-jugend.de

☐ Die **ver.di Jugend** hat einen Film über das Europäische Sozialforum 2008 in Malmö gedreht. Zu sehen ist das Werk im Youtube-Channel der ver.di Jugend:

www.youtube.com/user/VerdiCampus

☐ Die **IG BCE-Jugend** meldet eine neue Jugendsekretärin für den Landesbezirk Nordost: Vanessa Aissen.

Soli aktuell sagt: Willkommen an Bord, Vanessa! www.igbce.de

BUCH DES MONATS

Out now: Aufgrund der hohen Zahl von Ausbildungsabbrüchen in den vergangenen Jahren befasst sich eine neue Studie mit dem Zusammenhang zwischen den Auszubildendenverhältnissen und der Zufriedenheit der betroffenen Azubis.

Die Untersuchung geht drei Fragen nach. Erstens: Welche betrieblichen Ausbildungsbedingungen finden die Auszubildenden vor? Zweitens: Wie unterscheiden sich die Bedingungen nach sozio- und betriebsstrukturellen Merkmalen? Und letztens: Wie wirkt sich die Qualität im Ausbildungsprozess auf die Zufriedenheit der Auszubildenden aus?

Das Innovative: Die Qualität wird aus der Perspektive der Auszubildenden untersucht. Das ist deshalb wichtig, da es die Auszubildenden selbst sind, die die Entscheidung zum Abbruch vollziehen.

Eva Quante-Brandt, Theda Grabow: Die Sicht von Auszubildenden auf die Qualität ihrer Ausbildungsbedingungen, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2008, 125 S., 27,90 Euro

+ Jugendbeteiligung: Die Brandenburgische Landeszentrale hat eine Filmreihe und eine Informationsseite zu Möglichkeiten der Jugendparlamente produzieren lassen. In Brandenburg gibt es zurzeit 16 Jugendparlamente, zwei sind in Vorbereitung.

www.politische-bildung-brandenburg.de/links/jugendbeteiligung.html

+ Achtung – für das Jahr 2009 wurde der Victor-Klemperer-Wettbewerb neu ausgeschrieben! Gesucht: Kreatives zum Thema 60 Jahre Grundgesetz.

Einsendeschluss: 31. März 2009. Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb c/o Bündnis für Demokratie und Toleranz, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Tel.: 030 / 23 63 40 80, www.buendnis-toleranz.de



+ Austauschbörse: Für das Deutsch-Japanische Austauschprogramm 2009 werden noch Leute zwischen 18 bis 26 Jahren gesucht, die ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig sind.

Infos: Deutsch-Japanischer Jugendaustausch, E-Mail: hmakino@jdzb.de, www.jdzb.de

+ Ansehen und Hören: Mit einer Ausstellung gedenkt die Stadt Hamburg der Verfolgung von Juden, Roma und Sinti erstmals gemeinsam.

Bis 26. April 2009. Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15, 20095 Hamburg, www.zeitgeschichte-hamburg.de

+ Freunde gesucht: Wer GewerkschafterInnen aus anderen Ländern kennenlernen will, kann sich an die Global Labour University wenden: Die sucht für ihr Programm »Union Friends« Tandem-PartnerInnen für gemeinsame Aktionen und für überhaupt.

Infos: www.global-labour-university.org

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

DGB-JUGEND – SEMINARE

Social-Justice-Training: »Social Justice and Diversity« ist ein Trainingsprogramm, in dem die Vermittlung von sozialer Gerechtigkeit und die Anerkennung von Verschiedenheit zentrale Themen sind. Anknüpfend an die Pädagogik der Unterdrückten werden Social-Justice-Trainings seit den 1980er Jahren von Gewerkschaften in den USA praktiziert. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass es wichtig ist, Aspekte wie die Komplexität, die Institutionalisierung und die Geschichte von Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung und Diskriminierung zu analysieren.

3. bis 5. April 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode SJT 60926881

SV-BeraterIn: »Technology of Participation« ist eine Methode, die Moderation, Gesprächsführung sowie Elemente des Projektmanagements auf einfache Art vereint. Sie eignet sich sehr gut für die Arbeit gewerkschaftlicher Gruppen und wird mit Erfolg auch in SchülerInnenvertretungen angewendet. »Partizipationstechnologie« ist für all jene interessant, die sich in und für Gruppen engagieren und Beteiligung fördern wollen. Also nichts wie rein in die Ausbildung.

*14. bis April 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: SVA 60926882
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de*

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	